

PRESSEMITTEILUNG 148 – 12.08.2026

Martin Habersaat**Unsere Kinder bräuchten mehr als gute Überschriften****Zur Pressekonferenz der Landesregierung zum Schuljahresbeginn sagt Martin Habersaat, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion:**

Von nachhaltiger Bildungspolitik zum Wohle der Schülerinnen und Schüler kann Schleswig-Holstein leider nur träumen. Was wir jetzt geboten bekommen, ist vollends eine Überschriften-Show mit Blick auf die kommende Landtagswahl. Das wird an drei Beispielen deutlich, die die Landesregierung besonders ins Schaufenster stellt:

200 „neue“ Stellen, die gar nicht neu sind:

Die Landesregierung hat zum Schuljahr 2025/26 200 Stellen gestrichen, indem sie einfach die Unterrichtsversorgung gekürzt hat. Das heißt, es wurde keine Aufgabe gekürzt, sondern es wurden einfach Lehrkräfte weniger an die Schulen geschickt. Und zwar 50 weniger an die Grundschulen, 30 weniger an die Förderzentren, 30 weniger an die beruflichen Schulen, 50 weniger an die Gemeinschaftsschulen und 40 weniger an die Gymnasien. Zum neuen Schuljahr, 2026/27, verkündet die Landesregierung nun eine Verbesserung der Unterrichtsversorgung: Es gibt 200 Stellen für die Gymnasien und die Gemeinschaftsschulen.

Neu ist an diesen Stellen nur, dass sie nicht für kleinere Klassen oder mehr Stunden eingesetzt werden dürfen. Sie müssen so eingesetzt werden, dass sie die hohen Zahlen des Unterrichtsausfalls senken helfen. Die zweitstärkste Maßnahme gegen den Ausfall nach der Streichung von Stunden (Gymnasien - 6, Gemeinschaftsschulen -4) zum letzten Schuljahr.

Eine einsame Demokratiestunde für ein Jahr:

Wenn nun für ein einziges Schuljahr eine zusätzliche Stunde Demokratiebildung eingeführt werden soll, stellt sich die Frage, wer dafür ernsthaft tragfähige Konzepte entwickeln soll. Die Bildungsministerin kann doch nicht erwarten, dass Schulen Inhalte für nur ein Schuljahr aufbauen, um sie anschließend wieder einzustellen. Diese eine Stunde wirkt eher wie ein Pflaster, das frühere und aktuelle Kürzungen kaschieren soll. Ab diesem Schuljahr wird die gesellschaftswissenschaftliche Bildung in der Oberstufe geschwächt. Wirtschaft und Politik sowie Geografie waren bislang beides verbindliche Fächer. Künftig müssen sich Schülerinnen und Schüler zwischen ihnen entscheiden. Wer Demokratiebildung stärken will, sollte gesellschaftswissenschaftliche Bildung nicht gleichzeitig an anderer Stelle zurückfahren.

EVi – Ein gutes Projekt mit falschem Schwerpunkt

Es ist richtig, dass Schleswig-Holstein nach Jahrzehnten dem Hamburger Vorbild folgt und ein Screening für Viereinhalbjährige einführt. Fatal bleibt, dass Kinder, die keine Kita besuchen und nicht in professionellem pädagogischem Umfeld sind, die letzten sind, um die sich gekümmert wird.